

A. Vorbemerkungen

Nach wiederholten Beratungen im dafür zuständigen Bund-Länder-Fachausschuss Straßenverkehrs-Ordnung und Behandlung der Problematik in der Gemeinsamen Konferenz der Verkehrs- und Straßenbauabteilungsleiter der Länder (GKVS) wurde auf der Verkehrsministerkonferenz (VMK) am 22./23.11.2006 der Beschluss gefasst, eine Länderarbeitsgruppe unter Vorsitz des Landes Niedersachsen mit der Ausnahmegenehmigungspraxis zu § 30 Abs. 3 StVO und der dazugehörigen VwV-StVO zu befassen. Ziel war die Erarbeitung eines bundeseinheitlichen Kriterienkatalogs zur Erteilung von Ausnahmegenehmigungen, um die unterschiedliche Genehmigungspraxis auf ein mit dem Sinn und Zweck des Fahrverbots zu vereinbarendes Maß zurückzuführen.

Die Länderarbeitsgruppe hat **Grundsätze zur übereinstimmenden Handhabung der Regelungen des § 30 Abs. 3 und 4 sowie § 46 Abs. 1 Nr. 7 StVO** erarbeitet. Diese wurde von der VMK in ihrer Sitzung am 9./10.10.2007 einstimmig als Grundlage für die Ausrichtung der Ausnahmegenehmigungspraxis der Straßenverkehrsbehörden gebilligt.

Die nachstehenden Ausführungen zum gesetzlichen Fahrverbot an Sonn- und Feiertagen (§ 30 Abs. 3 StVO, Ausnahmeregelung § 46 Abs. 1 Nr. 7 StVO) gelten für das Fahrverbot während der Ferienreisezeit (§ 1 Abs. 1 Ferienreiseverordnung; Ausnahmeregelung: § 4 Abs. 1 FerienreiseV) entsprechend, soweit bei der einzelnen Vorschrift keine besondere Regelung getroffen ist.

B. Regelungen

1. **Generelle Ausnahmen vom Fahrverbot**

Das Sonn- und Feiertagsfahrverbot gilt neben den bundesrechtlich normierten Tatbeständen auch **nicht** für:

- Zugmaschinen, die ausschließlich dazu dienen, andere Fahrzeuge zu ziehen,
- Zugmaschinen und Sattelzugmaschinen mit Hilfsladefläche, deren Nutzlast nicht mehr als das 0,4fache der zulässigen Gesamtmasse beträgt,
- Fahrzeuge, bei denen die beförderten Gegenstände zum Inventar gehören, wie z. B. Ausstellungs-, Film- und Fernsehfahrzeuge sowie Schaustellerfahrzeuge (auch mit Anhänger),

- selbstfahrende Arbeitsmaschinen,
- Einsatzfahrten von Bergungs-, Abschlepp- und Reparaturfahrzeugen, (auch: Leerfahrten zu oder von Einsatzstellen).
- Wohnwagenanhänger und Anhänger, die zu Sport- und Freizeit Zwecken hinter Lastkraftwagen mit einer zulässigen Gesamtmasse bis zu 3,5 t geführt werden.
- die Beförderung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in der jeweiligen Erntezeit. Ernteerzeugnisse sind Produkte, die sich noch im ursprünglichen Zustand befinden, also nicht bereits weiterverarbeitet sind (z. B. Getreidekörner, nicht jedoch Mehl). Aufbereitung, Reinigung, Trocknung sowie (Zwischen-)Lagerung, Umschlag und ähnliche Bearbeitungsschritte gelten nicht als Weiterverarbeitung.

In allen vorgenannten Fällen **entfällt** also das Ausnahmegenehmigungsverfahren.

2. Dringliche Fälle im Sinne der VwV zu § 46 StVO (vereinfachte Genehmigung)

In folgenden Fällen ist **grundsätzlich** von einer **Dringlichkeit** auszugehen, die ohne eine nähere Einzelfallprüfung die regelmäßige Erteilung von Ausnahmen rechtfertigt (vereinfachtes Genehmigungsverfahren):

2.1 Beförderung folgender Waren und Güter:

2.1.1 Lebende Tiere

Als dringlich eingestuft sind alle Transporte von lebenden Tieren, unabhängig vom jeweiligen Beförderungszweck, also auch z. B. die Beförderung von Turnierpferden, Brieftauben, Bienen, Küken (zwischen Brutbetrieben) usw.,

2.1.2 Schnittblumen und lebende Pflanzen, hierzu gehören insbesondere auch Topfpflanzen, Sträucher und Bäume,

2.1.3 frische, leicht verderbliche Lebensmittel, soweit sie nicht bereits generell freigestellt sind (sh. hierzu Nr. 6 der Erläuterungen),

2.1.4 Ausrüstungs- und Ausstellungsgegenstände sowie Lebensmittel und Getränke für

- Messen,
- Ausstellungen,
- Märkte,
- Volksfeste,
- kulturelle oder sportliche Veranstaltungen.

Hierzu zählen insbesondere auch Tonanlagen, Bühnen- und sonstige Ausstattung.